

Reader

Geschichtskonferenz der Partei DIE LINKE. Mecklenburg-Vorpommern

Malzfabrik Grevesmühlen, 19.11.2011

DIE LINKE.
MECKLENBURG-VORPOMMERN

Redaktionsschluss: 18.01.2012

Es handelt sich hierbei um eine unkommentierte Wiedergabe/Sammlung der bis zum
Redaktionsschluss eingereichten Redebeiträge/Standpunkte/Referate.
Reihenfolge: beginnend mit dem Einstiegsreferat und anschließend alphabetisch.

DIE LINKE. Mecklenburg-Vorpommern
Landesgeschäftsstelle
Martinstraße 1/1A, 19053 Schwerin

Ein politisches Bauwerk mitten durch Berlin

1. Selten war in der Geschichte ein Staat so abhängig von einem Bauwerk wie die DDR von der Berliner Mauer. Fast einhellig wird auch deshalb zugegeben, dass mit der Entscheidung, die Staatsgrenze der DDR zu Berlin-West durch eine hohe, schier unüberwindliche Mauer zu schützen, das Land 1961 recht eigentlich am Leben blieb. Oder anders gesagt, die Sowjetunion, die das größte Interesse am Erhalt der DDR hatte, sah damals keinen anderen Weg, entschied sich für eine auch weltgeschichtlich außergewöhnliche Maßnahme, die bis heute nach Erklärungen sucht. Doch auch die Sowjetunion selbst machte sich mit diesem Schritt von der Berliner Mauer abhängig. Als die Mauer schließlich fiel, weil sie unter keinen Umständen mehr zu halten war, brach zunächst die DDR zusammen und keine zwei Jahre später die Sowjetunion auseinander. Alle anderen Länder des militärisch-politischen Warschauer Paktsystems, das 1961 offiziell den Mauerbau in Berlin politisch absegnete, überlebten – einmal abgesehen von der späteren friedlichen Auflösung der Tschechoslowakei in zwei selbständige Staaten – den politischen Sturm des Jahres 1989, d. h. sie behielten ihre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs festgeschriebenen Grenzen, auch wenn sich das politische und wirtschaftliche System radikal wandelte.
2. Als Michail Gorbatschow, der letzte KPdSU-Generalsekretär, ab 1987 bei seinen Treffen mit polnischen und ungarischen Spitzenpolitikern regelmäßig zu hören bekam, dass die Berliner Mauer als Mittel der Friedenserhaltung ausgedient habe und andere Wege für das nachbarschaftliche Zusammenleben mit dem Westen gebraucht würden, ohnehin längst an der Tagesordnung seien, verwies er jedes Mal in Richtung DDR-Hauptstadt mit dem bezeichnenden Argument, über die Ausgestaltung des DDR-Grenzregimes nach Westen hin werde hauptsächlich dort entschieden. Damit entkoppelte Gorbatschow stillschweigend die Tatsache der auf dem Territorium der DDR in einer Personalstärke von mehreren hunderttausend Mann stationierten Truppen seines Landes von der Existenz der Berliner Mauer. Sie stünden ab jetzt und anders als zum Zeitpunkt des Mauerbaus in keinem zwingenden Zusammenhang mehr mit den Zwecken des Bauwerks. Gorbatschow wollte und konnte nicht wahrhaben, in welcher hochgradigen Abhängigkeit sein eigenes Land, die Sowjetunion, sich gerade von diesem politischen Bauwerk befand. Erst später wurde unter Beweis gestellt, wie entschieden das gesamte System, das sich alternativ zum Westen Sozialismus nannte, auf dieses Bauwerk gestützt war.
3. Erich Honecker erklärte daraufhin im Frühjahr des Jahres 1989, die Mauer werde auch noch in 50 oder 100 Jahren stehen, so lange nämlich, wie die Bedingungen erhalten blieben, die zu ihrer Errichtung geführt hätten. Er ahnte nicht, wie prophetisch im zweiten Teil der Äußerung er da wider Willen gewesen war. Eigentlich verkündete er beinahe das faktische Ende der Berliner Mauer. Denn ein wesentlicher Grund waren die in der DDR stationierten sowjetischen Truppen, die für die Kreml-Führung eine strategische Bedeutung im geopolitischen Spiel besaßen, also ein politisch sicheres Stationierungsumfeld brauchten.
4. Da die aus der sowjetischen Besatzungszone hervorgegangene DDR zugleich der westlichste Vorposten des um die Sowjetunion nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs gruppierten Staa-

tensystems gewesen war, entschied sich in einer Hinsicht natürlich hier die Frage, wie lange die sowjetische Dominanz über große Teile Mitteleuropas aufrechterhalten bleiben konnte. Gewarnt durch größere politische Unruhen zunächst in der DDR selbst (1953), dann später in Polen und Ungarn (jeweils 1956), entschied sich die Sowjetunion – nun bereits in der Nach-Stalin-Ära unter Nikita Chruschtschow – für den Weg der eindeutigen und klaren Abgrenzung der Interessensphäre gegenüber dem Westen. Ein aus geopolitischen Interessen abgewogener Weg, mit dem die deutsche Zweistaatlichkeit der Nachkriegszeit als unumkehrbar vorgezeichnet werden sollte. Der Mauerbau quer durch Berlin symbolisierte diese Entscheidung. Damit lag ein Koordinatensystem vor, welches für alle beteiligten Seiten und Staaten klar und übersichtlich gewesen war. Und viele waren sogar erleichtert, weil diese demonstrative Abgrenzung der sowjetischen Interessenzone in Europa und mitten durch Berlin hindurch friedlich vollzogen werden konnte, also den ohnehin seit Jahren tobenden kalten Krieg auch weiterhin einen kalten sein ließ. Das Argument, ohne Berliner Mauer hätte ein Dritter Weltkrieg gedroht, schließt ein, die beiden wichtigsten Siegermächte des Zweiten Weltkriegs – die Sowjetunion und die USA – hätten wegen Berlin ihre Atomstreitkräfte gegeneinander in Bewegung gesetzt. Vieles spricht aber für die These, dass sich die Sowjetunion ihres aus dem Zweiten Weltkrieg stammenden Blocksystems sicherer sein wollte. Dafür musste die westlichste Grenze der Warschauer Vertragsstaaten gesondert gesichert werden.

5. Schwerwiegend ist das Argument, ohne die Errichtung der Berliner Mauer hätte die DDR nicht mehr lange überleben können. Oft ist deshalb aus dem historischen Abstand zu hören, die Alternative zum Mauerbau wäre die Kapitulation gewesen. Wer das nun nicht wollte, habe im Sommer 1961 keine großen Spielräume mehr sehen können. Tatsächlich hat sich die DDR in der Zeit nach dem Mauerbau weiterentwickelt – sie hat insbesondere in den 1970er Jahren die weltweite diplomatische Anerkennung erfahren. Ihre Existenz wurde zu einem wichtigen Faktor in der Weltpolitik. Im Weltvergleich war das bis Mitte der 1970er Jahre erreichte Niveau der wirtschaftlichen Entwicklung beachtlich. Gerne und nicht ohne Grund wurde darauf verwiesen, dass die DDR zu den wirtschaftlich am meisten entwickelten Ländern des Erdballs gezählt wurde.
6. Zugleich wurde mit dem Mauerbau eine der wichtigsten politischen Nachkriegsentscheidungen bekräftigt. So wie die Bundesrepublik Deutschland der DDR die diplomatische Anerkennung verwehrt, so verweigerte das offizielle Bonn und mit diesem auch der überwiegende Teil der westdeutschen Bevölkerung der Oder-Neiße-Grenze die Anerkennung. So jedenfalls der Stand im Sommer 1961. Indem durch den Bau der Berliner Mauer die Existenz DDR gesichert wurde, wurde auch die Grenze an Oder und Neiße gesichert. Erst dieser Zusammenhang machte den Weg frei zu Verhandlungen, bei denen die Bundesrepublik Deutschland Schritt für Schritt die territoriale Nachkriegssituation in Mitteleuropa akzeptierte, schließlich auch verbindlich und vertraglich unterzeichnete. Das machte den Weg frei zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen (1972) sowie mit der SSR (1973). Als 1989 die Mauer fiel und die DDR ein knappes Jahr später der Bundesrepublik Deutschland beitrug, blieb die Oder-Neiße-Grenze unangetastet. Die Grenze wurde zu einem entscheidenden Brückenpfeiler für die Integration im Rahmen der Europäischen Union. Keine Frage, dass die Errichtung der Berliner Mauer daran einen Anteil hat.

7. Ohne Zweifel haben Bau und die Existenz der Berliner Mauer sehr viel zu tun mit dem Sozialismus, der nach dem Erste Weltkrieg zunächst in Russland bzw. der Sowjetunion errichtet wurde, im Ergebnis des Zweiten Weltkriegs dann ein halbes Weltsystem werden konnte. In der friedlichen Auseinandersetzung der beiden in Europa aufeinander stoßenden gesellschaftlichen Systeme erwies sich das sowjetische System eindeutig als das schwächere. Als Ende des 19. Jahrhunderts die europäische Arbeiterbewegung den Sozialismus sich auf die roten Fahnen schrieb, war die künftige Weltrevolution – also die Revolution in den führenden Industriestaaten – die Voraussetzung für diese Hoffnungen auf eine neue, von Ausbeutung befreite oder sich befreiende Gesellschaft. Niemand konnte ahnen, dass im Ergebnis des Ersten Weltkriegs aus dieser Weltrevolution eine Revolution werden sollte, die letztlich siegreich nur in einem einzigen Staat blieb. Zwar war es der Fläche nach der mit Abstand größte Flächenstaat der damaligen Welt, aber dieses Russland zählte gleichermaßen zu den zurückgebliebenen Teilen der damaligen kapitalistischen Welt. Als hier in der entstandenen Situation und nach dem Ausbleiben weiterer siegreicher Revolutionen im übrigen Europa der Weg des Aufbaus der sozialistischen Gesellschaft in nur einem Lande eingeschlagen wurde, erfolgte eine Weichenstellung, die zum Schicksal für den Sozialismus wurde – die Zurückweisung der demokratischen Substanz, die in der bürgerlichen Gesellschaft sich bis dahin hat herausbilden können.

Detlef Ansorge

Liebe Genossinnen und Genossen,

wir beraten heute über die Aufarbeitung unserer Geschichte.

Thema ist also nicht nur der „Mauerbau“ sondern es geht um die Betrachtung der Geschichte der DDR. Mit dem Teil der Geschichte, mit dem wir uns offenbar anschicken, ihn umzuschreiben. So hat es zumindest unser Landesvorstand am 07.05.2011 zu Papier gebracht und als „einzige Pflicht“ bezeichnet.

Was für meine Begriffe in diesem Dokument zu kurz kommt ist, dass die DDR nicht im luftleeren Raum existiert hat. Sie hatte Nachbarn aber auch Feinde, denn vom ersten Tag ihrer Existenz wurde von westlicher Seite alles unternommen, diese DDR zu beseitigen oder aber zumindest, ihr zu schaden. Es ist unmöglich eine reale Geschichtsaufarbeitung vorzunehmen, ohne die Geschichte der BRD zu betrachten und Ursachen für Reaktionen in der DDR zu benennen. Der Kampf gegen die DDR setzte sich auch nach der deutschen Einigung fort. Ich erinnere an die Forderung des damaligen Justizministers, Klaus Kinkel, auf dem Richtertag 1991, dass alles unternommen werden muß, um die DDR zu delegitimieren.

Und es wurde kein gesellschaftlicher Bereich ausgelassen. Opfer eines Deligitimierungsversuches war selbst der damalige Bundespräsident, Horst Köhler.

Mit Unterstützung der Massenmedien wird gefälscht und gelogen. Das traurige an der Sache ist nur, dass zu viele Menschen in diesem Staat diesen Mist glauben. Zu viele interessieren sich nicht für Zeitzeugen die zum dem stehen, was sie zu verantworten hatten aber auch zu ihren Fehlern. Und Fehler kann man nur machen, wenn man arbeitet und nicht nur zuschaut.

Am 24.Oktober 2011 hat der Parteitag in Erfurt mit überwältigender Mehrheit unser Programm beschlossen. Unsere Ziele für die nächste Etappe sind darin klar formuliert. Wen wundert es, dass Vertreter von CDU/CSU und FDP bereits 3 Tage später am 27.10.2011 eine aktuelle Stunde im Bundestag

beantragten, um wieder einmal DIE LINKE zu diskriminieren.

Ihr seht, wir können machen was wir wollen, es wird von diesen Herrschaften immer gegen uns ausgelegt. Unser Programm, das mit überwältigender Mehrheit angenommen wurde und in dem Wege aufgezeigt werden, wie wir aus der gesellschaftlichen Misere herauskommen können, konnte demzufolge einfach nicht kommentarlos hingenommen werden.

Da stellt sich der Unionsabgeordnete Pfeiffer hin und erklärt: „... das der demokratische Sozialismus, der nicht nur in der Sache bewiesen hat, dass er das schlechtere gesellschaftliche Modell ist weil er nichts zu Stande gebracht hat, sondern in dessen Namen ... Massenvernichtung von Menschen betrieben wurde. Von der DDR über die Sowjetunion bis nach China und das wollen sie wieder haben?“ Es ist wirklich ungeheuer, dass ein derartiger Lügner und Verleumder Menschen verhetzen darf und nicht einmal dafür belangt werden kann.

Laßt uns beraten, wie wir mit derartigen Lügnern und Verleumdern in Zukunft umgehen. Laßt uns überlegen was wir tun können, damit sich solche Leute für ihre Lügen rechtfertigen müssen.

Liebe Genossinnen und Genossen, ist das der Zeitgeist, mit dem wir uns auseinander setzen müssen? Soll das etwa die Richtung sein, in der wir die Geschichte umschreiben müssen? Ist das der Geist dem wir uns anpassen sollen, um in der BRD als politische Partei anerkannt zu werden? Ihr glaubt doch nicht im Ernst dass sich etwas ändern würde, selbst wenn wir uns diesem Zeitgeist anpassen.

Unser auf dem Parteitag in Erfurt beschlossenes Programm muß gut sein, denn wenn dich deine Feinde loben, hast du etwas falsch gemacht. Lob war das nicht, was Vertreter der übrigen Parteien mit Ausnahme der LINKEN im Bundesstag von sich gaben.

Ein von der Jungen Welt verwendeter Slogan lautet: „ Die lügen wie gedruckt und wir drucken wie sie lügen.“ Zeigen wir doch auch auf, wo die Herrschenden lügen und erklären es den Menschen – vor allem den jungen. Die glauben nämlich in zunehmendem Maße,

was ihnen von den Medien, aber auch an Schulen erzählt wird. Es ist erschreckend, was Jugendliche über die DDR zu wissen glauben.

Oder erinnern wir uns an den Dauerbrenner Stasi. Auch das ist unsere Geschichte.

Es weiß ja jeder - und es ist , dank der Massenmedien allgemein bekannt, daß die Stasi gemordet, gefoltert, die Bevölkerung Repressalien ausgesetzt, Kinder getötet, zwangsadoptiert, Menschen verstrahlt in die Psychiatrie eingeliefert, medizinische Versuche an Patienten vorgenommen und andere Greuelthaten begangen hat.

Und es tauchen selbst in unserer Partei „Zeugen“ auf, die behaupten, daß sie vom MfS inhaftiert und in der Haft geprügelt und gefoltert wurden. Bei Genossen Malachowski, der sich auf dem 3. Parteitag in Linstow entsprechend geäußert hat, habe ich da so meine Zweifel, was die Ehrlichkeit anbetrifft die Genosse Bockhahn so nachhaltig angemahnt hat.

Was nicht jeder weiß, und es soll auch nicht jeder wissen, was die Stasi tatsächlich gemacht hat, finden wir in der Veröffentlichung des Generalbundesanwalts Christoph Schaeffgen in der Zeitschrift „Neue Justiz“ Seite 1 ff Jahrgang 2000 in einem Artikel mit der Überschrift

„10 Jahre Aufarbeitung des Staatsunrechts in der DDR“.

Schaeffgen kommt zu dem Schluß, dass die Verurteilungen von MfS Straftaten hinter den Erwartungen zurückgeblieben sind.

Das Ergebnis ist ernüchternd.

In einem Kommentar vom 24.08.2004 in der Zeitung „junge Welt“ schreibt der bekannte Jurist Prof. Dr. Friedrich Wolff indem er sich auf die Rechtswissenschaftler Marxen und Werle sowie den Generalbundesanwalt Schaeffgen beruft:

Es wurden ca. **100.000** Personen beschuldigt.

Von 62.000 Ermittlungsverfahren die sich daraus ergeben haben, wurden **1.212** Personen angeklagt und **289** Personen verurteilt.

143 Straftaten sollen davon von Mitarbeitern des MfS begangen worden sein. **20** wurden verurteilt.

(ein einziger erhielt eine Freiheitsstrafe, und damit sollen all die Morde, Folter und andere Verbrechen gesühnt sein?)

Die Zahl der Verurteilten, so Friedrich Wolff, sagt aber nichts über die Rechtmäßigkeit der Urteile aus.

Aber das sind Tatsachen. Warum wollen wir sie umschreiben? Und wem nützt das?

Bis heute wird behauptet, das die Stasi die bereits angeführten „Verbrechen“ begangen hat und wir lassen uns das bieten?

Wenn ich Schaefgen richtig verstanden habe ist das „Staatsunrecht“ der DDR aufgearbeitet. Was soll auch noch neues dazu kommen? Zumal die Ermittlungen abgeschlossen sind.

Auf dem Landesparteitag am 27.11.2010 in Linstow sagte Gen Bockhahn:

„Nun gibt es natürlich noch ein weiteres Thema, das uns auf diesem Parteitag beschäftigt. Es steht nicht auf der Tagesordnung, es war nicht geplant. Aber es ist klar, dass wir darüber sprechen müssen:

Der Umgang mit unserer eigenen Geschichte, der Umgang mit dem Ministerium für Staatssicherheit.

Nein. Es gibt kein Klima der Offenheit, wenn es um die Vergangenheit geht. Nicht in der Gesellschaft und auch nicht bei uns in der Partei. Woran liegt das? Sicher ist der Umgang, wie er in der Öffentlichkeit bisher in den meisten Fällen gepflegt wurde, nicht dazu dienlich, sich sachlich mit dem Thema auseinanderzusetzen.“ (Zitat Ende)

Aber warum tun wir das nicht? Noch gibt es Zeitzeugen, die eine kompetente Auskunft über die Ereignisse von vor 50 Jahren geben können. Warum fragen wir sie nicht? Ich habe nicht die Absicht, irgend etwas zu beschönigen, zu vertuschen oder zu verklären.

Aber wenn z.B. behauptet wird, mit der Gründung der DDR sei Deutschland gespalten worden, muß man schon fragen dürfen wer das behauptet, was er damit bezweckt und wem derartige Fälschungen nützen.

Ein wesentlicher Punkt in unserer Diskussion ist die Schließung der Grenze am 13.08.1961.

Es war eine Entscheidung über Krieg und Frieden, die letztendlich von allen betroffenen Mächten akzeptiert wurde - und laut Kennedy billiger als ein Krieg sei.

Wenn wir uns aber in eine Diskussion drängen lassen, in der all die Unzulänglichkeiten und Ungerechtigkeiten, die es im Zusammenhang mit der Grenzschießung gab, in den Mittelpunkt der Auseinandersetzung rücken, brauchen wir uns nicht wundern, wenn uns die Menschen nicht verstehen. Leider müssen wir immer wieder feststellen, dass Einzelschicksale verallgemeinert werden und, für das gesamte System kennzeichnend, bezeichnet werden.

Fehler müssen klar und deutlich benannt werden, damit sie in Zukunft nicht wiederholt werden, aber hört auf mit Spekulationen „was wäre gewesen wenn – dann wäre alles anders gekommen.“ Jede von der DDR getroffene Entscheidung muß im Zusammenhang mit unseren Nachbarn betrachtet werden.

Nun gibt es einige Schreiben, in denen Standpunkte zu den Maßnahmen am 13.08.1961 zu Papier gebracht wurden. Die beste Darstellung ist meines Erachtens die Erklärung der historischen Kommission der Partei DIE LINKE vom 14.06.2011. Sie ist von Experten beim Bundesvorstand erarbeitet worden und sollte für die gesamte Partei richtungweisend sein.

Andere Fragen wie die „Zwangvereinigung“ von SPD und KPD werden auch entsprechend dem Zeitgeist beantwortet. Dass es auch Druck bei der Vereinigung gab ist unbestritten. Wer aber hat sich die Mühe gemacht herauszufinden wie groß der Anteil der Gedrückten war. Ich habe persönlich mit Genossinnen und Genossen

gesprachen, die bei der Vereinigung dabei waren. Sie hatten ganz andere Erinnerungen und es waren oftmals die Genossen aus der

SPD die auf eine schnelle Vereinigung beider Parteien drängten. Sozialdemokraten und Kommunisten hatten gemeinsam ihre Lehren aus der braunen Vergangenheit gezogen.

Die Bestrebungen, beide Arbeiterparteien zu vereinen, gab es auch in den Westzonen. Die wurden aber sehr schnell vor den Westmächten unterbunden. Das will aber heute keiner mehr wissen.

Eine Losungen aus dieser Zeit war: „In der Einheit liegt die Stärke“. Sie ist heute aktueller denn je. Dem ist nichts hinzuzufügen.

Ein Problem bedrückt mich in der letzten Zeit besonders. Der Linksextremismus!

Meine Frage: Gibt es in unserer Partei Linksextremismus? Wenn ja – in wessen Auftrag handeln Linksextremisten? Sind es Parteimitglieder? Oder sind es unter Umständen Personen die in fremdem Auftrag handeln, um der Partei zu schaden. Vielleicht sogar V-Männer, die entsprechend beauftragt sind? Für ausgeschlossen halte ich diese Vermutung nicht, denn entsprechende Beispiele über international agierende Provokateure sind ja bekannt.

Wenn wir guten Gewissens sagen können, dass wir nichts mit den sogenannten Linksextremisten zu tun haben, warum sagen wir das nicht mit aller Deutlichkeit. Auch wenn es sogenannte Bekenner-schreiben geben sollte. Von den Schreiben und von den Personen müssen wir uns konsequent distanzieren.

Es ist erschreckend zur Kenntnis nehmen zu müssen, dass jetzt mit den Pannen der Geheimdienste bei der Aufklärung von Verbrechen, die von Neonazis begangen wurden gefordert wird, ähnliche Datenspeicher anzulegen, wie sie bereits bei der Bekämpfung von „Linksextremismus“ verwendet werden. Jeder der behauptet, dass es in unserer Partei Linksextremismus gibt sollte das auch belegen können.

Henning Hagen

Nach Gedächtnis diktiert, Rede wurde frei gehalten

Zunächst, so glaube ich, sollte festgestellt werden, dass diese heutige Beratung über das Für und Wider des Mauerbaus nicht zuletzt dadurch zu Stande gekommen ist, dass führende Genossen in Mecklenburg-Vorpommern meinten eine Parteitag am 13. August 2011 abhalten zu müssen. Es scheint so, auch im Nachhinein, als wollte man mit derartigem vorausseilenden Gehorsam seine Regierungsfähigkeit demonstrieren. Aus der bekanntermaßen nichts wurde. Nicht nur dass es Genossen gab, die davor warnten, sondern es stellte sich letztendlich heraus – es war eindeutig eine Schnapsidee. Es kam wie es kommen musste als die Tagungsleitung meinte, es müsse eine undifferenzierte Gedenkminute für die Toten an der Mauer eingelegt werden, erhoben sich von den etwa 100 Delegierten, drei Delegierte nicht. Ich will hier nicht wiederholen was sich anschließend abspielte, wobei für mich der theaterreife Auftritt des Genossen Bartsch, auch jetzt noch im Nachhinein, etwas Groteskes an sich hatte. Nicht zuletzt deshalb, weil hier eine hundertprozentige Geschlossenheit gefordert wurde. Das ist das eine, das andere ist, dass wir hier heute uns nun im Nachgang mit dem Thema, Mauerbau Ja oder Nein, zu befassen haben. Es gab hier ein Impulsreferat, des Vertreters der Rosa Luxemburg Stiftung.

Liebe Genossinnen und Genossen, auch wenn wie üblich im vorausseilenden Gehorsam, von einigen dieses Referat gelobt wurde, muss ich gestehen, so viel Blödsinn habe ich lange nicht gehört. Mehr oder weniger wurde dieser Mauerbau, losgelöst von historischen Abläufen, dargestellt. Da gab es nicht ein kritisches Wort zu Ereignissen, die durch das Verhalten der westlichen Besatzungsmächte in Deutschland hervorgerufen wurden. In dem Zusammenhang will ich nur an die Währungsreform erinnern, die ein wesentlicher Einschnitt für die weitere Entwicklung d.h. Teilung in Deutschland war. Ganz im Gegenteil, der Sowjetunion und der DDR, wurde durch den Referenten mehr oder weniger die alleinige Schuld an der damaligen Situation gegeben. Ich möchte an dieser Stelle, nur auf eine Passage des Impulsreferates eingehen. Da wurde der Eindruck hervorgerufen, dass es Moskau in böswilliger Absicht gewesen sei, für Deutschland eine österreichische Lösung nicht zu offerieren – gemeint ist der österreichische Staatsvertrag vom Mai 1955, der den Abzug der alliierten Besatzungstruppen und den Neutralitätsstatus vorsah.

Man muss sich doch an dieser Stelle an den Kopf fassen, Österreich hatte damals etwa 7 Millionen Einwohner und war im Grunde genommen damals weder wirtschaftlich noch politisch eine Größe. Ganz anders Deutschland. Ein vereinigtes Deutschland hätte damals ein Potenzial von 80 Millionen Menschen gehabt. Die Bundesrepublik begann sich wieder als wirtschaftliche Größe zu etablieren. Kommunistenhasser, die schon unter Hitler gezeigt hatten wessen Geistes Kind sie sind, wie Hans Globke, der seit 1953 Chef des Bundeskanzleramtes war, bestimmten in wesentlichem Maße die Politik der Bundesrepublik. Gleichzeitig wurde die Entwicklung der Bundesrepublik auf militärischem Gebiet vorangetrieben. Adenauer ging es um die volle militärische Integration in das westliche Bündnis. Dafür unternahm er alles und rutschte auf Knien nach Washington. Die Gegner der Wiederbewaffnung wurden im Grunde genommen mundtot gemacht. Chruschtschow wurde damals gefragt, ob die vorliegende österreichische Lösung auch auf Deutschland angewandt werden könnte. Seine Gegenfrage soll gelautet haben – wer gibt die Garantie, dass dieses Deutschland tatsächlich neutral bleibt? Eine berechtigte Frage, vor allen Dingen, wenn man die Dinge nicht nur aus damaliger Sicht, sondern auch aus heutiger Sicht betrachtet. Doch all diese Überlegungen, die hinlänglich bei all jenen bekannt sind,

die sich mit der Geschichte beschäftigen, spielten sie im Impulsreferat bedauerlicherweise keine Rolle. Ich frage mich, geschah das aus Dummheit oder Ignoranz? Beides ist in meinen Augen genauso sträflich. Kommen wir jetzt zu der unmittelbaren Frage, Mauerbau Ja oder Nein? Ein wesentlicher Faktor für das Erstarken der Bundesrepublik lag nicht zuletzt in ihrer ökonomischen Stärke. Die Bundesrepublik hatte damals schon eine um mindestens 40 % höhere Arbeitsproduktivität als im Osten Deutschlands erreicht. Über die Gründe der wirtschaftlichen Stagnation der DDR – immer im Verhältnis zur Bundesrepublik Deutschland gesehen – will ich hier nicht im einzelnen eingehen. Vieles, was die Auswirkungen betraf wurde hier schon gesagt. Ich möchte aber erwähnen, dass diese wirtschaftliche Stagnation nicht nur hervorgerufen wurde durch äußere Einflüsse, sondern zum großen Teil durch das System in der DDR selbst hervorgerufen worden war. Was letztendlich nichts an der Situation änderte, dass die DDR bei offener Grenze 1961 vor dem Bankrott stand. Was tun? Es gab im Grunde genommen nur zwei Auswege. Einmal, dass die DDR sich selbst aufgegeben und sich der Bundesrepublik angeschlossen hätte oder die Grenze wurde geschlossen. Ersteres war schlechterdings unmöglich, ebenfalls wieder aus den unterschiedlichsten Gründen. Da war einmal Moskau vor, zum anderen aber die Bundesrepublik selber. Es wäre keine Alternative gewesen in ein Boot zu steigen, das von Globke und Konsorten gesteuert wurde. Also entschloss man sich zu Mauerbau. Auch dabei soll nicht unerwähnt bleiben, dass die Verantwortlichen in der DDR, die zum Teil die reinsten Befehlsempfänger aus Moskau waren, sich sicherlich auch unter Umständen eine andere Lösung gewünscht hätten. Doch Geschichte ist kein Wunschkasten. Es gilt Geschichte in ihrer Ganzheit zu erfassen und zu beurteilen. Ernst zu nehmende Historiker, wissen es gab keine Alternative zur Schließung der Grenze nach Westberlin. Alles andere ist reines Dussliggerede.

Carsten Hanke

Liebe GenossInnen, liebe Gäste,

Im Vorfeld dieser Konferenz ist viel geschrieben und gesprochen worden. Es gab schriftliche Meinungsäußerungen vom Landesvorstand und eine persönliche von Peter Ritter.

Und ich habe noch eine weitere, eine indirekte Meinung gefunden, nämlich die von Genossin Elfriede Brüning. Diese bekannte Schriftstellerin aus DDR-Tagen vollendete vor wenigen Tagen ihr 101. Lebensjahr.

ND sprach mit ihr zu diesem seltenen Ereignis und fragte sie: *Wenn sie die Zeit zurückdrehen könnten? Sie antwortete: dann „würde ich mich in die Anfangsjahre der DDR zurückwünschen.“* ND fragte weiter: *„Gibt es etwas was sie ärgert? – Ja, diese ununterbrochene Hetze gegen die DDR. Ich kann das nicht mehr hören. Es nervt.“*

Und wenn ich nun damit den Standpunkt von Peter Ritter vergleiche – der lässt kein gutes Haar an der DDR, nicht in den Anfangsjahren, nicht danach und weiß selbst auch nicht Rat.

Die sozialistische Weltbewegung hat einen Anfang. Die französischen Kommunarden wären dazu zu rechnen, Wilhelm Weitling mit seinem Kampf für die Rechte der Arbeiter vor 200 Jahren. Er stritt für eine auf „Gemeineigentum gegründete Wirtschaftsordnung“, setzte die soziale Frage auf die Tagesordnung. Und er entlarvte die Freiheitsbimmelerei der Liberalen mit den Worten: „In ihrer ‚liberalen Sprache‘ sagen sie Freiheit und meinen Vorrecht.“ – Er war seiner Zeit voraus.

Und als unsere Genossen 1945 aus der Emigration, aus deutschen Zuchthäusern heimkehrten, folgten sie Marx und Engels und damit auch Weitling, um eine auf Gemeineigentum gegründete sozialistische Gesellschaft zu schaffen. – Indes reichte die Kraft nicht, weil nur eine Hand für den Aufbau frei war und die andere zur Abwehr der kapitalistischen Restaurateure. – Ja, und weil ihr Wissen um den Sozialismus noch nicht ausreichte und weil der sogenannte „große Bruder“ nicht nur hilfreich, sondern auch hinderlich war.

Wer aber in der Mitte des vergangenen Jahrhunderts versucht hatte, Sozialismus auf deutschem Boden zu schaffen, der verdient unsere Achtung: Hier in M.-V z.B. Kurt Bürger, Karl Moltmann, Bernhard Quandt und viele andere.

Historisch gesehen befinden wir uns weiterhin weltweit in der Spur von Weitling, Marx und Engels im Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus, eine Periode, die wahrscheinlich mehr als zwei Jahrhunderte umfassen wird und eben – wie wir schmerzlich erfahren mussten – auch Niederlagen kennt.

Ich sage deshalb Peter Ritter und anderen Genossen: Wenn ihr auf die Geschichte nicht hört, die Erfahrungen missachtet, sogar verleugnet, sie opportunistisch umdeutet und dabei in die gleiche Kerbe haut wie unsere politischen Gegner von CDU, FDP und auch der SPD, dann werdet ihr, werden wir nichts erreichen. Ihr werdet dann wahrscheinlich andere Fehler machen. Aber auf jeden Fall nicht zum demokratischen Sozialismus kommen. – Erwin Sellering hat euch in dieser Hinsicht doch schon den Schneid abgekauft.

Aber, liebe Genossinnen und Genossen, die Sehnsucht Elfriede Brünings und vieler anderer nach den Anfangsjahren der DDR ist deshalb nicht der Wunsch nach einer nostalgischen Reise in die Vergangenheit, sondern die Freude darüber, dass Sozialismus möglich ist, funktionieren kann. Das haben wir doch e r l e b t (!!!), die Gleichstellung der Frau, Arbeit für alle und jeden, hohe Bildung für das ganze Volk, soziale Sicherheit...

Nun will ich hier keinesfalls beschönigen, dass wir uns in all den Jahren schließlich selbst gleich mehrere Beine stellten, dass der Sozialismus an Anziehungskraft verlor. Aber kein Forscher, kein Wissenschaftler gibt nach einem Fehlversuch auf. Da haben wir mit Rosa Luxemburgs Prognose auch gar keine Wahl: Sozialismus oder Untergang in der Barbarei!

Und ist nicht die braune Soße, die jetzt in Deutschland trotz Verfassungsschützer nach oben schwappt, eine Warnung im Sinne ihrer Worte?!

Man bemüht sich in Berlin nun um Schadensbegrenzung. Aber der Hass auf die tote DDR war, ist und bleibt von Dauer. Sie hat die Alternative gezeigt.

Darum ist es umso bedrückender, wenn in Teilen unserer Partei eine rein schwarze Sicht auf die DDR-Geschichte bevorzugt wird. Dabei unterstützt unser neues Programm das gar nicht. Es werden dort gewichtige Leistungen der DDR wie auch mit Kritik nicht gespart wird.

Es wird allerdings unterlassen, beides in ein richtiges Verhältnis zu setzen. Offensichtlich macht uns das weiterhin zu schaffen. – Denn wenn ich richtig informiert bin, hat Steffen Bockhahn als Parteitage delegierter in Erfurt nicht für dieses neue Programm gestimmt. – Es geht also nicht so sehr um Geschichte, sondern um Politik.

Das hat doch vor allem hier in M-V die unterschiedliche Reaktion auf Marianne Linkes Verweigerung einer unterschiedslosen Ehrenbezeugung für die Opfer des Mauerbaus auf dem Rostocker Parteitag gezeigt. Was seitdem passierte ist bekannt; ich muss es nicht erneut herbeten... Fakt und zu besichtigen ist:

Haltung und Politik des Landesvorstands führen zur Spaltung auf dem Boden einer Geschichtsklitterung im Zusammenhang mit dem Mauerbau.

Deshalb wünsche ich mir von dieser Geschichtskonferenz, dass sie sich ihrem Inhalt nach hinter Marianne Linke stellt. Nicht als Rehabilitierung gedacht – das hat Marianne Linke nicht nötig. Aber wir kämen dann – und wahrscheinlich nur dann – zu einem klaren, zielgerichteten politischen Kurs. Die im Streit um den Mauerbau inzwischen gewachsene geistige Mauer in unserer Landespartei muss unbedingt eingerissen werden. Dann wird uns neue Kraft zuwachsen. Nur dann!!!

Und abschließend will ich noch mit einem Zitat von Kant aus der Aula wo er Heinrich Heine zitiert: „ Der heutige Tag, ist ein Resultat des gestrigen. Was dieser gewollt hat müssen wir erforschen, wenn wir zu wünschen wissen, was jeder will.“

Dr. Günter Hering

Genosse Bockhahn überschreibt sein Positionspapier vom 7. Mai 2010 mit einem Satz von Oscar Wilde: „Die einzige Pflicht, die wir der Geschichte gegenüber haben, ist, sie umzuschreiben“.

Das ist ein Ausspruch eines Dichters. Historiker haben andere Pflichten.

Dem Wilde-Zitat des Genossen Bockhahn stelle ich einen anderen Satz gegenüber: „Geschichte ist die Lüge, auf die sich alle geeignet haben“ (Napoleon Bonaparte). Der Satz bringt uns eventuelle weiter:

1. Es müssen sich **alle** darauf geeinigt haben. Das trifft bei unserem Thema nicht zu.
2. Zudem wissen wir bezüglich der Lügen, dass die wirkungsvollsten unter ihnen Halbwahrheiten sind.
3. Aus diesem Wissen resultiert m.E. die unverzichtbare Notwendigkeit,
 - das Weggelassene nachzutragen und
 - dabei auf dem unstrittig Faktischen aufzubauen.
 - Subjektive Sichten können, dürfen, sollten ergänzen, aber sie ersetzen nicht die historischen Fakten.

Subjektivismus führt in der Geschichtsschreibung und -bewertung unverzichtbar zum Agnostizismus, wie Gen. Bockhahn in seinem Papier vom 7.5.2011 demonstriert. Er beginnt mit der These „Geschichtsschreibung basiert auf vielen Geschichten“ und kommt zwingend zur Schlussfolgerung, „eine absolute Wahrheit kann und wird es zur Geschichte nicht geben. Auf eine endgültige Festlegung, 'wie es damals wirklich' war, wird man vergebens hoffen¹“.

Ich folge mal probeweise dem Bockhahn'schen Ansatz und berichte aus meinem ganz persönlichen Geschichtserleben.

Geboren wurde ich 1935 in Breslau, damals standen meine Eltern schon zwei Jahre auf der schwarzen Liste.

1937 Umzug nach Oranienburg, denn dort „durfte“ mein Vater bei AUER an den Rührkesseln zur Extraktion des Uranerzes stehen.

Oranienburg – das war nicht nur vielfältige Rüstungsindustrie, sondern dazu gehörte auch am nordöstlichen Stadtrand das KZ Sachsenhausen.

1945 wurde Oranienburg durch 2 Luftangriffe zu 80 % in Schutt und Asche gelegt. Auch unser Wohnhaus, in dessen Keller wir saßen. Noch heute versetzt mich Sirenengeheul in Panik.

Aber schlimmer noch war und ist ein anderes Trauma. Schon als Vorschulkind beim Spielen und später

als Schulkind sah ich jene „arbeitsfähigen“ KZ-Häftlinge, die zu ihren Arbeitsorten und abends zurück getrieben wurden. Kein Erwachsener verlor je ein Wort. Brauchte er auch nicht, das Grauen war unendlich beredt. Es ist mir noch immer gegenwärtig.

Im Mai 1945 begann ein neues Leben mit ganz neuen Erfahrungen. Eine prägte mich besonders.

Diejenigen Erwachsenen, die zuvor geschwiegen hatten, sagten jetzt: „Ja, wenn wir DAS gewusst hätten...“. Ich stand als Zehnjähriger fassungslos dabei. Sie hatten es doch genau so wie ich immer und

immer wieder gesehen! Das war meine erste und wichtigste Lehrstunde zum Opportunismus und seitdem trete ich ihm entgegen, wo immer es Sinn haben könnte.

Ansonsten schwieg die anpassungsbereite Mehrheit zunächst und überließ den schweren Neubeginn den erstaunlich wenigen Aufrechten. Das war für uns Kinder sehr wohltuend und prägend.

Beispielsweise vertraten die Mitglieder der neu gegründeten Parteien sehr konsequent ihre

1 Über den Terminus „absolute Wahrheit“ zu streiten halte ich hier für müßig, weil ich denke, dass Steffen hier den Begriff umgangssprachlich im Sinn von „objektiv wahr“ benutzt.

unterschiedlichen Positionen und pflegten dennoch im persönlichen Umgang miteinander ein sehr freundschaftliches, oft auch solidarisches Verhalten. Anders wäre es damals wohl auch nicht gelungen, etwas Neues zu begründen.

Aber je stabiler die Verhältnisse wurden, um so mehr drängten bislang Abseitsstehende in die SED.

Viele (nicht alle!) um persönlicher Vorteile willen. Die traten dann oft besonders radikal und intolerant auf. Das hat mich über viele Jahre daran gehindert, in die SED einzutreten – bis ich nach dem Studium lernte, dass ich innerhalb dieser Partei mehr ehrlich Engagierte finden kann als außerhalb. So bin ich seit 1962 dabei...

Aber zurück auf der Zeitleiste. 1953 („Arbeiteraufstand“, auch so ein Kapitel „umgeschriebener Geschichte“) machte ich mein Abitur und studierte danach von 1953-1961 an der Humboldt-

Universität. Ich fuhr also 6 Tage in der Woche durch die Westsektoren in den Ostsektor, wenn nicht

gerade Semesterferien oder Exkursionen waren – wichtige Lehrstunden zur Ost-West-Situation in Berlin, ebenso der häufige Wechsel von einem Sektor zum anderen beim Aufsuchen von Lehrveranstaltungen.

Ganz ohne ein Visum, wenngleich Gen. Ritter in seinem Text zum 13.8.612 schreibt:

„Der Reise- und Besucherverkehr zwischen der DDR und Westberlin bzw. der DDR und der BRD unterlag in der Nachkriegsordnung auch den Regelungen der Besatzungsmächte... Am 15.9.54 wird in der DDR ein 'Pass-Gesetz' erlassen, für Grenzübertritte sind ... Visa zu beantragen. Verstöße ... werden mit Freiheitsstrafen bis zu drei Jahren geahndet“. Ab 1957 war auch schon der Versuch strafbar...

Genosse Ritter, das galt für die Grenzen nach Polen oder in die CSSR, aber nicht für Fahrten nach Westberlin oder Westdeutschland! Da reichte bis zum 13.8.61 der Personalausweis! Mein Seminar hat beispielsweise ganz ohne Visum ein Praktikum in einer westdeutschen Forschungsanstalt durchgeführt und wurde dafür von der Uni auch mit DM ausgestattet – aber nicht mit Visa!

Es ist schon ein dickes Ei, wenn die Nachgeborenen den Zeitzeugen erklären wollen, wie es wirklich gewesen ist. Statt zuzuhören, belehrt uns beispielsweise Gen. Bockhahn, „dass die unmittelbare Bedrohung der DDR nicht von außen, sondern von innen kam“. Na klar, Truman-Doktrin, Berlin als billigste Atombombe, Bizone, Trizone, Währungsreform, Spaltung des Berliner Magistrates, NATOGründung, BRD-Gründung, Hallsteindoktrin, Fall Rot usw. usf. – kam alles von innen!

Als unsere Partei 1990 in Größenordnungen Mitglieder verlor, war ich persönlich sehr froh: Endlich sind wir die Mitläufer los, diejenigen, die selten eine ehrliche Meinung vertraten, schon gar nicht in schwierigen Situationen! Aber das war zu kurz gedacht. Die cleversten Opportunisten rechneten sich für die entstandene Nische in der westdeutschen Parteienlandschaft gute Chancen aus... Bis heute. So haben wir das Dilemma, das von Ingo Wagner schon 2004 beklagt wurde: „Eine Partei gibt sich auf“. Nicht zuletzt dadurch, dass viele ihrer Funktionsträger das Verhalten und die Argumentation unserer politischen Gegner praktizieren, insbesondere bei der „Deligitimierung“ der DDR3.

Kinkel & Co. freut es...

Unsere Partei aber bringt es um.

2 Peter Ritter: (M)mein Standpunkt zur Geschichtsdebatte um den 13. August 1961. Undatiert.

3 Auch Hein Friedriszik (Oberst a.D. der NVA) stellte schon 2001 fest: „... der PDS-Vorstand hat darüber seine 'eigene

Meinung'. Im Vordergrund stehen nicht die geschichtlichen Tatsachen, sondern die Verteufelung der DDR“.

Horst Neumann

Seit Jahren forschen und publizieren Historiker, die Mitglieder der Linkspartei sind oder zu deren näheren oder weiteren Umfeld gehören, über diese Vergangenheit, die auch ihre eigene ist: Jörg Rösler, Günter Benser, Rolf Badstübner, Siegfried Prokop, Mario Kessler, Stefan Bollinger, Jörn Schütrumpf und andere, durchweg an Universitäten der DDR ausgebildete Fachleute.

(Schade, dass keiner von ihnen hier ist.)

Zum 13. August 1961 findet man viele Fakten bei Heinz Heitzer „Andere über uns“ und Kessler/Strelitz „Ohne die Mauer hätte es Krieg gegeben“ von Kessler und Strelitz, zwei damals verantwortlich Handelnden. "

Wer sich mit Geschichte beschäftigt, muß bekanntlich eine Analyse aller Kräfte vornehmen, die einen Prozeß bewirkt haben. Denn ähnlich wie in der Physik ein Kräfte diagramm bzw. Kräfte polygon ist die Resultierende das Ergebnis aller wirkenden Kräfte aber nie das Wirken einer einzelnen.

In der öffentlichen Debatte über die DDR wird das allerdings so gehandhabt.

War die kleine DDR so mächtig, dass Kennedy und Chruschtschow nach ihrer Pfeife tanzen mussten?

Das ist natürlich lächerlich.

Wer sich ernsthaft mit dem 13. August 1961 beschäftigen will, kommt um eine Analyse der Lage in der Welt und speziell in Europa nicht herum.

Nach dem größten heißen Krieg der Menschheitsgeschichte, herrschte kalter Krieg, weltweit zwischen zwei diametral gegenüberstehenden Gesellschaftsformationen mit allem, was dazugehört: befestigte Grenze, Militär, Wirtschaft, Eigentumsverhältnisse. Und das mitten in Deutschland.

Die USA sprachen von einem „Roll back“ des Sozialismus und die BRD hatte zu keinem

Zeitpunkt ihre Absichten aufgegeben, die Ansätze einer sozialistischen Entwicklung

in der DDR mit allen Mitteln zu verhindern und nach Möglichkeit rückgängig zu machen.

Mit allen Mitteln hieß auch mit allen dem Imperialismus zu Gebote stehenden nicht

friedlichen Möglichkeiten – Unterwanderung, Hetze, Abwerbung von Fachkräften, Sabotage,

Terror, Mord und Totschlag.

Der als Leibjournalist Adenauers geltende Robert Ingrim verlangte im Leitartikel des CDU-Organs „Kölnische Rundschau“ vom 10. Juli 1961:

„daß sich die freie Welt in Stand setzen müsse, alle Mittel des kalten Krieges, des Nervenkrieges und des Schießkrieges anzuwenden . . . Dazu gehörenauch die Unterwühlung, das Anheizen des inneren Widerstands, die Arbeit im Untergrund, die Zersetzung der Ordnungsgewalt, die Sabotage, die Störung von Verkehr und Wirtschaft, der Ungehorsam, der Aufruhr, die Revolution.“

Am 7. August wurde im VEB Großberliner Vieh- und Schlachthöfe ein Brand gelegt, um die Fleischversorgung der Bevölkerung zu stören.

Am 11. August wurden in der Berliner Humboldt-Universität Brandsätze entzündet.

Durch die Abwanderung und Abwerbung von Fachkräften betrug der Produktionsausfall 1961 gegenüber 1960 2,5 bis 3 Milliarden DM.* Der Weggang von Ärzten und Lehrern verstärkte die Probleme in der DDR. Über die offene Grenze in Westberlin gingen der DDR jährlich mehr als 1 Milliarde Mark* verloren.

Die Existenz der DDR war unter den Bedingungen der offenen Grenze war kaum mehr aufrechtzuerhalten. *Darüber informierte Walter Ulbricht Anfang des Jahres 1961 auch Chruschtschow*

Zum Ende des Jahres 1960 hatte die BRD auch den Handelsvertrag mit der DDR gekündigt, was später rückgängig gemacht wurde.

Im Januar 1958 erklärte BRD-Außenminister von Brentano im Bundestag, dass die militärischen Anstrengungen der NATO auf nuklearem Gebiet dem Ziel der Wiederherstellung der Einheit Deutschlands dienten.

Es gab völkerrechtswidrige Versuche, Westberlin als Bundesland in die BRD einzugliedern. Die Bedeutung der »Frontstadt Berlin« wurde in einem geheimen Dokument der USA (»Gedanken zu Berlin«) deutlich gemacht.

»Berlin ist für uns in dreifacher Hinsicht wichtig: als strategische Vorwärtsposition im Kampf mit der Sowjetunion, für unser Verhältnis zur BRD, als Schaukasten westlicher Freiheit. [...] Während des kalten Krieges hat Berlin auch eine herausragende Bedeutung für verschiedene Aufgaben: als Basis für offene und geheime Aktionen gegen Ostdeutschland und gegen den Ostblock - für den Betrieb von Rundfunksendern ebenso wie für das Einschleusen von Geheimagenten.«' (Militärspionage)

In den Jahren 1958 bis 1961 häuften sich die Manöver der Bundeswehr und anderer NATO-Streitkräfte auf verschiedenen Ebenen.

2. Berlinkrise 1958-1961

Seit 1958 hatte Chruschtschow die Westmächten zu einem Friedensvertrag mit Deutschland gedrängt und beim Treffen mit Kennedy 1961 in Wien wiederholt, dass er entschlossen sei, einen Friedensvertrag mit der DDR zu unterzeichnen, wenn mit den Westmächten keine Übereinkunft möglich wäre, und dass er auf jede Verletzung ihrer Grenzen zu Lande, zu Wasser oder Luft mit Gewalt reagieren würde.

Durch den sowjetischen Sputnik 1957, die erste Erdumrundung im Weltraum durch Gagarin im April 1961 und die Weiterentwicklung der sowjetischen Kernwaffen, war den USA, vor allem dem intelligenten Kennedy klar, dass die USA in einem Kernwaffenkrieg nicht mehr unverletzbar war. Er ließ durch seine Experten die amerikanischen Verluste für so einem Fall ermitteln, die 70 Millionen veranschlagten.

1961 war die Sicherheitslage sehr angespannt und so reagierte die Sowjetunion auf Truppenbewegungen der NATO mit einer Verstärkung ihrer militärischen Verbände in Mitteleuropa um 25% auf ca. 545 000 Mann.* Am 1. August 1961 wurden alle NATO-Verbände in Europa in Alarmbereitschaft versetzt.

In der zweiten Augustwoche führte der Befehlshaber der NATO-Landstreitkräfte Mitteleuropa, der ehemalige Hitlergeneral Speidel, eine Inspektionsreise entlang der Staatsgrenze der DDR durch. Am 10. August gab er die Erklärung ab, daß die NATO in diesem Raum gerüstet sei.

Der Grat zwischen Krieg und Frieden war im Sommer 1961 sehr schmal. Es wurde höchste Zeit zum Umdenken. Seit dem 17. Juli 1961 hielt sich John J. McCloy als persönlicher Beauftragter Kennedys in der Sowjetunion auf.

Die intensiven diplomatischen Bemühungen der USA und der UdSSR führten schließlich in der zweiten Hälfte des Monats Juli 1961 zu einem gemeinsamen Lösungsansatz.

Beide Seiten näherten sich der Position eines Status quo in Berlin, in Deutschland und Europa. Die drei Essentials – Aufrechterhaltung der alliierten Präsenz in Westberlin, freier Zugang zu Luft und zu Land nach Westberlin und Freiheit und Lebensfähigkeit von Westberlin, waren der zwischen Kennedy und Chruschtschow vereinbarte Schlüssel zum Ausweg aus der Krise, zur Verhinderung eines Krieges in Mitteleuropa.

Nach dem Bericht McCloy vertraute Kennedy seinem Sicherheitsberater Walt Rostow an: »Chruschtschow sieht sich einer unerträglichen Lage gegenüber. Die DDR blutet sich zu Tode, und als Folge ist der ganze Ostblock in Gefahr. Er muss etwas unternehmen, um das aufzuhalten. Vielleicht eine Mauer.«⁽¹⁵²⁾ Am 30. Juli 1961 erklärte der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses des US-Senates J. W. Fulbright öffentlich: »Ich verstehe nicht, weshalb die DDR-Behörden ihre Grenze nicht schließen, denn ich meine, sie haben alles Recht, sie zu schließen.«⁽¹⁵³⁾

Am 13. August 1961 wurde an einer der sensibelsten Stellen der Grenze zwischen den größten gegnerischen Militärblöcken dieser Zeit, eine Ordnung eingeführt, die die Gefahr einer atomaren kriegerischen Auseinandersetzung verringerte.

Das die Grenzsicherung in Form der Mauer umgesetzt wurde, war eine Entscheidung von Chruschtschow. Die Einzelheiten der Grenzbefestigungen und des Grenzregimes legte die militärische Führung der Sowjetunion fest.

Natürlich waren die Reaktionen nach der Grenzschießung unterschiedlich.

- Ärger brachte der 13. August vielen Ostberlinern, die in Westberlin arbeiteten, ihren Lohn 1:4 umtauschen konnten und im Osten die billigen subventionierten Wohnungen und Lebensmittel nutzten. Damit war es nun vorbei.

Ein Bericht des Bundesministeriums für gesamtdeutsche Fragen - »SBZ von A bis Z« - gab 1962 die Zahl von »60 000 Ost-Berlinern oder Bewohnern der Randgebiete« an, die gleichsam schlagartig ausfielen.

Auch die Westberliner ärgerten sich. Der billige Einkauf im Ostteil der Stadt war nicht mehr möglich. Neben der Deckung eines großen Teils ihres Lebensmittelbedarf hatten sie auch billig hochwertige Industriegüter einkaufen können.

Familiäre Trennungen stellten natürlich eine große persönliche Belastung dar. Verschwiegen wird aber, dass die DDR in den S-Bahnhöfen Antragstellen für eine Besuchserlaubnis des Ostteils eingerichtet hatte, die vom Westberliner Senat geschlossen wurden.

- Erleichtert waren viele DDR-Bürger, die ihren Staat erhalten wollten.

Aber auch Amerika, Großbritannien und Frankreich waren erleichtert. Kennedy sagte, die Mauer ist zwar nicht schön, aber besser als Krieg.

- Überrascht von den Maßnahmen am 13. August wurden Konrad Adenauer, sein Verteidigungsminister F.J. Strauß und der regierende Bürgermeister von West Berlin Willy Brandt, weil sie weder von den eigenen Geheimdiensten noch von Kennedy bzw. den Regierungen in London und Paris vorinformiert worden waren.

Diese hatten geschwiegen, weil sie die militärischen Pläne der Bundesrepublik kannten, die DDR unter Umgehung der sowjetischen Streitkräfte in einer kurzen militärischen Aktion zu besetzen und deren Streitkräfte zu paralysieren. Strauß hatte in den USA noch bis zum 1. August um Rückendeckung für dieses Vorhaben geworben.

Auch wenn eine nukleare Katastrophe verhindert wurde, verhinderte die Grenze nicht den Tod von Menschen, sowohl von Flüchtlingen als auch von Grenzsoldaten.

Um nur zwei Beispiele zu nennen. Im August 1962 wurde Hauptmann Rudi Arnstadt auf dem Territorium der DDR vom Bundesgrenzschutz erschossen. Drei Tage später starb Peter Fechter durch die Schüsse von Grenzsoldaten bei seinem Fluchtversuch..

Trotz der schlimmen Vorfälle und aller Probleme, die diese Mauer verursachte, blieb der Frieden in Europa erhalten.

Das änderte sich nach ihrem Fall 1989 sehr schnell, was die Völker Jugoslawiens sofort zu spüren bekamen. Bereits 1991 tat der deutsche Außenminister Genscher viel, um durch einseitige Anerkennung von Separatisten die Konflikte in dem Vielvölkerstaat anzuzünden. Seit 1993 beteiligen sich deutsche Soldaten an internationalen Kriegseinsätzen. 1999 fielen zum 3. Mal im 20. Jahrhundert wieder deutsche Bomben auf die Städte in Jugoslawien.

Um historische Fakten, Zusammenhänge und Hintergründe geht es heute kaum. Moralische Bewertungen der geschichtlichen Ereignisse vor 50 Jahren stehen im Vordergrund und erfolgen im Sinne der Sieger des kalten Krieges. Auch diese Ereignisse werden genutzt, um den Menschen einzureden, dass es zum Kapitalismus keine vernünftige Alternative gäbe.

Alle Linken sollten noch mehr daran arbeiten, die historischen Wahrheiten zu verbreiten und sie verständlich zu machen.

* Zahlen aus Kessler/Strelitz „Ohne die Mauer hätte es Krieg gegeben“

Anhang: Die Medien wetteiferten im Schüren einer Kriegspsychose:

„In der Zone: Alarmstimmung" lautete die Hauptschlagzeile der „BZ" am 5. August. Am gleichen Tag verkündete Hans Zehrer in der „Welt", daß die DDR „bankrott" sei und der Kommunismus seine „größte Krise" habe. „Flüchtlingsstrom" („Bild-Zeitung" vom 9. 8.), „Die Flucht wird zur Lawine" („BZ" vom

10. 8.), „Verzweifelte Menschen fliehen aus der Hoffnungslosigkeit“ („Die Welt“ vom 11. 8.) Am 11. August schließlich erklärte der „Rheinische Merkur“, daß die DDR eine „Gefahr für die Welt“ darstelle, weil dort die Gefahr bestehe, „daß der unter Überdruck stehende Kessel in die Luft fliegt“.

Fast gleichlautende Schlagzeilen findet man im „Stürmer“ bzw. im „Völkischen Beobachter“ vor der Besetzung des Sudetenlandes 1938.

„Die Welt so sehn, wie sie wirklich ist – in ihrem eigenen und in keinem phantastischen Zusammenhang!“ (Hegel)

Peter Ritter: (M)ein Standpunkt zur Geschichtsdebatte um den 13. August 1961

Mein Fazit vorweg: Geschichte kann man nicht per Parteitagsbeschluss klären oder erklären.

Schon gar nicht, wenn es eigentlich nicht um das geschichtliche Ereignis geht, sondern persönliche Befindlichkeiten eine Rolle spielen.

Die Feststellung: „Ich lass mir doch von so einem jungen Schnösel nicht erklären, wie die Geschichte war...“ war im Vorfeld des Landesparteitages am 13. August 2011 ein schlechter Ratgeber, der die Konsenssuche von vornherein unmöglich machte.

Die Bewertung geschichtlicher Ereignisse ist immer subjektiv geprägt.

Den „Mauerbau“ und seine Folgen beurteilte mein Vater – mit 18 an die „Ostfront“ gekommen und erst 1949 kriegsverletzt aus sowjetischer Gefangenschaft heimgekehrt, anders als ich, der ich zwei Jahre alt war, als die „Mauer“ gebaut wurde.

Dennoch lebten wir beide sehr bewusst in der und für die DDR.

Die Situation an der Grenze beurteilen meine ehemaligen Klassenkameraden, die – wollten sie nicht drei Jahre zur NVA, aber sehr wohl studieren – an der Grenze dienen mussten, anders, als Menschen, die diese Grenze hinter sich lassen wollten. Meine Schulfreunde jedenfalls sind froh, dass sie an der Grenze nicht von der Schusswaffe Gebrauch machen mussten. Die Frage, ob und wie sie bei einer Grenzverletzung gehandelt hätten, bewegt sie noch heute.

Die Einschnitte, die die Grenze zwischen DDR und BRD für Künstlerinnen und Künstler oder Sportlerinnen und Sportler mit sich brachte, beurteilen diese bestimmt anders als ich, der nie in die Verlegenheit kam, auch nur einen Augenblick darüber nachzudenken, den „Klassenfeind“ zu besuchen....

Ich verstand aber auch nicht, dass der Bruder meines Vaters – nach dem 2. Weltkrieg zufällig im „Westen“ gelandet – weder seinen Bruder, meinen Vater (der zufällig im „Osten“ seine Heimat fand) besuchen, noch zur Beerdigung meines Großvaters anreisen durfte.

Dass mir später dann ein Studium in der UdSSR verwehrt wurde, wie es hieß, zu meiner und zur Sicherheit der NVA, passt in dieses Bild.

Neben diesen sehr persönlichen Reflexionen bleibt für mich jedoch – mit der Sicht von heute, und den Schlussfolgerungen für morgen – festzustellen:

Durch die „Mauer“, die als Symbol für die Grenze zwischen DDR und BRD steht, wurde ein ganzes Volk daran gehindert, das westliche Ausland zu besuchen oder dahin auszureisen.

Damit verstieß die DDR gegen die „Allgemeine Erklärung der Menschenrechte der UNO, in deren Artikel 13 es heißt: „Jeder hat das Recht, jedes Land, einschließlich seines eigenen zu verlassen und in sein Land zurückzukehren.“

Auch nach der Unterzeichnung der „Schlussakte von Helsinki“ durch die DDR blieben Stacheldraht und andere Grenzsicherungsanlagen vorrangig nach innen- gegen das eigene Volk - gerichtet.

Auf Dauer lässt sich so kein Staat errichten, der für sich in Anspruch nimmt, die bessere, die gerechtere Gesellschaftsordnung zu sein.

Ich bestreite nicht, dass das Grenzregime zwischen BRD und DDR- wie eben beide Staaten selbst - Ergebnis der Nachkriegsordnung ist.

Niemand wird auch die besondere Rolle Westberlins und seiner offenen Grenzen im Kalten Krieg bestreiten: üppiges und anziehendes Schaufenster des Westens, Spionagezentrum und Hauptort, von dem aus Bürgerinnen und Bürger in den Westen abgeworben wurden. Eine „offene Wunde“ für die DDR.

Die Gründe für das Ausbluten der DDR und ihr Ende 1989 waren aber m.M. nach andere und konnten auch durch die „Mauer“ nicht aufgehalten werden. Der 13.August 1961 kann deshalb nicht isoliert betrachtet und als alternativlos dargestellt werden.

Der 13.August 1961 ist für mich Beleg für das Scheitern des Versuchs, der DDR das sowjetische Sozialismusmodell überzustülpen. Die politische Entwicklung in der SBZ/DDR bis 1961 ist das klassische Modell für den Export einer Revolution. Gemessen an Lenins Äußerungen über die Etappen einer sozialistischen Revolution in „zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution“ bleibt festzustellen: Alle Aufgaben, die laut dieser Revolutionstheorie zu lösen waren, wurden von der Besatzungsmacht vorgegeben bzw. von ihr wesentlich dominiert und von ihr - soweit es nötig war, auch mit Gewalt - durchgesetzt. Die „Lösung der Machtfrage“ erfolgte durch die Besatzungsmacht, die den Aufbau neuer staatlicher Strukturen entscheidend dominierte und stalinistische Strukturen in ihrem Herrschaftsbereich durchsetzte. Der DDR und ihrer Führung fehlte jegliche Souveränität. Selbst die Ablösung von SED-Generalsekretären bedurfte des Abnicksens aus Moskau...

Unmittelbar nach dem Ende des 2. Weltkrieges, der zwei neue politische Machtzentren auf der Welt entstehen ließ, begann der „Kalte Krieg“ zwischen beiden Imperien um die Vorherrschaft auf der Erde. Die Gefahr, dass dieser in einen „heißen Krieg“ umschlagen könnte, war jederzeit real:

Am 09.02 1946 erklärt Stalin aus der „Unvereinbarkeit“ von Kapitalismus und Sozialismus die Unausweichlichkeit eines neuen Weltkrieges. Am 12.03.1947 formuliert Truman im US-Kongress die künftige Außenpolitik der USA, die auf wirtschaftliche, finanzielle und militärische Hilfe für „von kommunistischen Bewegungen und Staaten bedrohte Länder..“ setzt.

Der „Mauer“ und Westberlin kommen im Zuge dieses „Kalten Krieges“ eine besondere Bedeutung zu. Im Juni 1961 wiederholt Chruschtschow bei einem Gipfeltreffen mit Kennedy in Wien die Forderung, dass Westberlin zur DDR gehört und will die bis dahin von der UdSSR in Westberlin ausgeübten Hoheitsrechte an die DDR übertragen.

Kennedy warnt: Wenn die Hoheitsrechte an die DDR übertragen werden, sei dies ein Kriegsgrund. Am 20.07.1961 beginnen unter Leitung und Verantwortung von Generaloberst Jakubowski (Chef der GSSD) die unmittelbaren Vorbereitungen für den „13.August“. Nach Tagungen der KP-Führer der Warschauer Vertragsstaaten Anfang August in Moskau, der Tagung der Volkskammer am 12.August und

der „Gemeinsamen Erklärung“ der Warschauer Vertragsstaaten erfolgt am 13. August 1961 die Sperrung von 68 der 80 Sektorenübergänge zwischen Ost- und West-Berlin.

Die USA verstärken am 17. August ihre Westberliner Garnison um 1500 Mann. Am 27. 10. 1961 stehen sich am „Checkpoint Charlie“ 14 Stunden lang sowjetische und US-amerikanische Panzer gegenüber. Am 19. 11. 1961 beginnen entlang der „Mauer“ Arbeiten zur Errichtung von Betonbefestigungen und Panzersperren.

Bis dahin hatten 2. 668. 566 Bürgerinnen und Bürger die DDR verlassen.

Am 24. 08. 1961 ist der erste Tote zu beklagen. Der 24-jährige Günter Litfin wird beim Fluchtversuch erschossen.

Der Reise- und Besucherverkehr zwischen der DDR und Westberlin bzw. der DDR und der BRD unterlag in der Nachkriegsordnung auch den Regelungen der Besatzungsmächte. Die West-Alliierten hoben am 16. 11. 1953 den „Interzonenpass“-Zwang für Reisen in die BRD auf, am 25. 11. wurde gleiches für BRD-Bürger bei Reisen in die DDR verfügt.

Am 15. 09. 1954 wird in der DDR ein „Pass-Gesetz“ erlassen, für Grenzübertritte sind bei den Pass- und Meldestellen Visa zu beantragen. Verstöße gegen das Gesetz, wie das „Verlassen der DDR ohne Genehmigung“, werden mit Freiheitsstrafen bis zu drei Jahren geahndet.

1957 erfährt dieses Gesetz eine Veränderung, bei dem auch schon „Vorbereitung und Versuch“ der unerlaubten Ausreise mit bis zu drei Jahren Haftstrafen belegt werden. Von „Reisefreiheit“ kann also schon lange vor dem 13. August 1961 keine Rede sein.

Auch der Ruf nach demokratischen Reformen wurde immer wieder unterdrückt.

Am 06. 02. 1958 wurden die Politbüro-Mitglieder Wollweber, Oelsner und Schirdewan aus der SED ausgeschlossen, da sie „unberechtigte“ Forderungen nach demokratischen Reformen in der DDR gestellt hatten.

Der 1961 von der 14. Tagung des ZK der SED gefasste Beschluss „ein vielseitiges kulturelles Leben zu entwickeln..“ wurde im Dezember 1965 wieder zurückgenommen. Das vom VI. Parteitag der SED initiierte „Neue Ökonomische System der Planung und Leitung“ (mit der Orientierung auf „ökonomische Hebel“ wie Kosten, Preis, Umsatz, Gewinn, Lohn...) erlebt spätestens mit Ulbrichts Sturz sein Ende. Dieses neue System der Ökonomie aber konnte nicht reifen, weil es keine Öffnung im politischen und geistig-kulturellem Leben der Gesellschaft gab –so Michael Schumann auf dem Außerordentlichen Parteitag der SED/PDS am 16. Dezember 1989.

Das alles führte zum Scheitern des Sozialismusversuchs in der DDR. Ein Versuch, der auch nicht mit einer „Mauer“ gesichert werden konnte. Ein Versuch, der aber durch die Opfer der Mauer gekennzeichnet ist. Sich dem Gedenken aller Opfer der Mauer zu entziehen, bedeutet daher auch, sich dem Nachdenken über eigene Verantwortung und den notwendigen Schlussfolgerungen für künftige Politik zu verweigern. Das schadet unserer Politik und unserer Partei.

Wilfried Schubert

Die Sicherung Staatsgrenze der DDR erfährt mehr Aufmerksamkeit als jedes andere des vergangenen Jahrhunderts. Mehr als 20 Bücher über 5.000 Seiten erschienen mit Tatsachen und Fälschungen. Eine der meistgebrauchten betrifft Walter Ulbricht mit seiner Antwort auf der Pressekonferenz am 15. Juni 1961:

„Niemand hat die Absicht, eine Mauer zu errichten. Ich habe vorher schon gesagt- wir sind für vertragliche Beziehungen zwischen Westberlin und der Regierung der DDR. Das ist der einfachste und normalste Weg zur Regelung dieser Frage“. Genannt werden stets nur die ersten acht Worte.

Der 13. August 1961 ist ein historischer Kompromiss zwischen der Sowjetunion und den USA. Krieg oder Frieden. Es ging um die Glaubwürdigkeit Beider.

Berlin war der gefährlichste Ort der Welt und Hauptsschauplatz der Konkurrenz zwischen beiden Mächten. Beide brauchten einen Kompromiss, wenn sie keinen Atomkrieg riskierten wollten.

1.

Für die Sowjetunion stand die Alternative: Sein oder Nichtsein.

Kaum siegte die Oktoberrevolution begann der Bürgerkrieg, ausländische Staaten, darunter Deutschland, griffen militärisch ein.

Am 22. Juni 1941 überfiel das faschistische Deutschland die UdSSR.

England wollte mit Hilfe von 100.000 Wehrmattsangehörigen am 1. Juli 1945 erneut die Sowjetunion angreifen. Angesichts der Überlegenheit der Sowjetarmee gaben der englischen Premier und der amerikanische Präsident das Vorhaben mit dem Code „Betrieb undenkbar“ auf.

Der Kalte Krieg begann, gewissermaßen der dritte Weltkrieg. Ziel der USA war, den gewachsenen weltpolitischen Einfluss der SU unwirksam zu machen.

Die Sowjetunion verlor im 2. Weltkrieg 27 Millionen Menschen (USA 350.000). Wer das Ausmaß dieses Blutzolls begreift, versteht die Nachkriegspolitik der SU. Im Zuge des Korea-Krieges 1952 wies Stalin an, ein sowjetisches Grenzsystem von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer, weit vor der Westgrenze der UdSSR, zu schaffen. Schwächstes Glied war die offene Grenze zu Westberlin.

Hope M. Harrison, Direktorin des Nationalen Sicherheitsrates der USA, erklärte in diesem Jahr:

„Für die Westmächte hatte sich die Besetzung Westberlins zudem als großer Coup herausgestellt, durch den sie einen Vorposten tief in den Sowjetblock gewonnen hatten, den sie nutzen konnten, um die sozialistischen Länder zu unterwandern.“

In der Halbstadt bot sich die einmalige Gelegenheit, Horchposten zu errichten, Spione zu rekrutieren und ein Schaufenster des Kapitalismus zu schaffen. Der Zustrom ostdeutscher Flüchtlinge war ein Segen für den Westen,...das wollte der Westen gewiss nicht aufgeben.“

Westberlin war Frontstadt mitten in der DDR 30.000 bewaffnete Kräfte, 80 Geheimdienste, mehr als 12.000 hauptberufliche Spione, 117 paramilitärische Organisationen. 80 Flüchtlingslager in Westberlin, alle Insassen von Geheimdiensten befragt, manche angeworben. Alle Gründe die **Grenze „Antifaschistischen Schutzwall“ zu nennen.**

2.

Die Grenzsicherung entsprach den legitimen Interessen der DDR. Ziel der Sowjetunion, dem dienten die Noten 1952, war ein einheitliches neutrales Deutschland. Das lehnten die Westmächte und Adenauer ab. So auch alle Initiativen der DDR wie Konföderation beider deutscher Staaten oder Deutsche an einen Tisch in den 1950er Jahren.

Danach entschied sich die UdSSR für eine souveräne DDR mit sozialistischer Entwicklungsrichtung. Erneut erklärte Adenauer am 13. Juni 1961: „**Verhandlungen mit der Zone kommen für uns nicht in Frage.**“

3.

Bis 1961 sind durch die offene Grenze **2,9 Millionen Bürger der DDR in die BRD gegangen.**

Der Schaden für die DDR 120 Milliarden Mark. Kostenloser Zufluss von Human-Kapital für die BRD zum Nachteil der DDR.

In Westberlin arbeiteten bis zum 13. August 1961 63.000 registrierte Grenzgänger und 40.000 Gelegenheitsarbeiter, 15 % der Berufstätigen der Hauptstadt der DDR. Die Mehrheit der Abwanderer hatte keine politischen Gründe. Sie folgten wirtschaftlichen Verlockungen, wie auch jene mehr als 3 Millionen, die nach 1990 in den Westen gingen. 80 % der Arbeiter der DDR wurden bis 1995 abgewickelt.

Die Maßnahmen am 13. August sicherten, dass im Osten Deutschlands die Macht des Kapitals mehr als 40 Jahre gebrochen war, wir in sozialer Geborgenheit und Frieden lebten.

Es waren auch Voraussetzungen für die Entspannung, die völkerrechtliche Anerkennung der DDR durch 138 Staaten und die gleichzeitige Aufnahme beider deutscher Staaten 1973 in die UNO.

4.

In einem Interview mit dem Pfarrer Paul Österreich äußerte Walter Ulbricht:

„Jeder Schuss an der Mauer ist zugleich ein Schuss auf mich. Damit liefere ich dem Feind die beste Propagandawaffe. Den Sozialismus und damit den Frieden aufs Spiel zu setzen, würde aber unendlich mehr Leben kosten.“

Den Versuch, die Grenze illegal zu überwinden, bezahlten Menschen mit dem Leben. Jeder war einer zuviel. Die BRD hatte die Möglichkeit, menschliche Tragödien zu verhindern. Zu keiner Zeit war sie bereit, die Staatsangehörigkeit und andere Hoheitsrechte der DDR anzuerkennen.

Unerwähnt lässt der Zeitgeist:

25 Grenzer der DDR wurden im Dienst ermordet, unter ihnen Gerd Hofert unweit unserer Konferenz, bei Schlagsdorf. Am 1. Dezember, dem 65. Jahrestag der Grenzpolizei, kann man ihrer gedenken.

14.500 Tote gab es von 1958 bis 2009 an den Außengrenzen der EU;

Israelische Mauer, doppelt so hoch wie die Berliner;

Grenze USA zu Mexiko;

Griechenland Türkei, zwei NATO-Staaten, 120 km langer, 30 m breiter und 7 m tiefer Graben soll entstehen, 15 km sind fertig.

5.

Ohne Machtergreifung des Faschismus, den Zweiten Weltkrieg, die daraus resultierenden Beschlüsse des Potsdamer Abkommens, die 1948 durchgeführte separate Währungsreform in den Westzonen hätte es keine Teilung Deutschlands und keine Mauer gegeben.

Karen Stramm

Liebe Genossinnen und Genossen, sehr verehrte Gäste,

die Mauer ist vor meiner Geburt errichtet worden, also für mich Geschichte. Ich möchte aber erheblich weiter zurückgehen in der Geschichte. Im Alten Testament im 2. Buch Mose wird der Auszug der Israeliten aus Ägypten beschrieben. Moses, der Führer des Volkes, eines Volkes, das den Auszug wagt, sein Geschick in die eigenen Hände nimmt. Aber der Weg in die Freiheit führt durch die Wüste, 40 Jahre lang. Und das Volk murrte immer wieder und schaute zurück.

So in Moses-Kapitel 216.3: „Wollte Gott wir wären in Ägypten gestorben durch die Hand des Herrn als wir an den Fleischtöpfen saßen und hatten Brot in Fülle zu essen.“

Hierzu schrieb Karl Marx explizit: „Die Revolution ist keine kurzzeitige Revolution. Das jetzige Geschlecht gleich den Juden, die Moses durch die Wüste führt. Es muss untergehen, um den Menschen Platz zu machen, die eine solche Welt gewachsen sind.

Im 19. Jahrhundert waren die Gesetze der Physik erkannt und Karl Marx beschrieb die Gesetze der Gesellschaft und des Klassenkampfes. „Freiheit ist die Einsicht in die Notwendigkeit.“ Dieser wunderschöne Satz hat sicher uns alle fasziniert!

Spätestens mit Max Plank Anfang des 20. Jahrhunderts wurde die ganz schöne Gesetzmäßigkeit komplizierter.

Mit der Quantentheorie wurde die Erklärbarkeit der Welt in Frage gestellt, alles wurde relativiert.

Eine Auserwählte, unfehlbare Einsicht in die Wahrheit entsprechend dem Spruch: „Die Partei hat immer Recht.“ Hat sich zunehmend deutlich als nicht richtig erwiesen.

Und wenn man, so wie viele von uns, wahrhaft den Dogmen glaubte, kam eines Tages die Enttäuschung.

Für mich kam die Gewissheit, vorher getäuscht worden zu sein mit 25 Jahren, 1986, ich war bereits 4 Jahre an der Grenzübergangsstelle Zarrentin tätig.

Wir verteidigten ehrlicher Überzeugung nach den Schutzwall für den Frieden. Plötzlich ein Grenzdurchbruch! Und zwar von West nach Ost.

Eine psychisch kranke Hamburgerin durchfuhr alle Grenzsicherungsanlagen ungehindert. Wir alle waren fassungslos. Deutlicher hätte man uns nicht vor Augen führen können, dass wir eine Mauer gegen unser eigenes Volk bewachen.

Ja, ich denke, es ist nicht entschuldbar, ein Volk einzumauern, Menschen zu erschießen, wenn sie weg wollten und sei es an die Fleischtöpfe.

Und wenn wir übrigens davon sprechen, dass uns die Fachkräfte abgeworben wurden, sind wir wieder im Heute.

Ca. 2500 junge Assistenzärzte werden aus ärmeren Ländern nach Deutschland abgeworben, jedes Jahr!

Wo ist denn hier der Aufschrei und was tun wir dagegen?

Es ist schlecht für diese Länder, die in eine teure Ausbildung investiert haben. Und es ist auch schlecht für die oft älteren Patienten, die oft nicht verstehen und schwer verstanden werden, gerade wenn sie krank sind. Neue Mauern sind jedenfalls keine Lösung!

Kurt Weißhuhn

Ich studierte von 1956 – 1961 an der Hochschule für Bauwesen in Leipzig. Mitte Juli 1961 erhielt ich mein Diplomthema: „Möglichkeiten der Blähtonproduktion in Unterlochwitz für die Leichtbetonproduktion“.

Mitte August wurde mir mitgeteilt, dass ich ein neues Thema erhalte, da der Besuch von Unterlochwitz wegen der Grenznähe nicht mehr möglich war.

Subjektiv war ich darüber natürlich verärgert, denn das bedeutete für mich verlorene Zeit, verlorener Aufwand und verlorenes hochinteressantes Thema. Es geht hier aber um mehr als subjektiven Ärger und subjektives Leid.

Mindestens seit 170 Jahren gibt es einen unversöhnlichen Klassenkampf zwischen Arbeiterklasse und Bourgeoisie ; materiell und ideologisch. Wenn es sich heute auch nicht mehr so einfach polarisieren lässt, da inzwischen andere Themen wie Globalisierung , Macht der Banken, Rohstoffe, Hunger weltweit u.a. dazu gekommen sind. Was aber bleibt und allgegenwärtig ist: Unsere Gegner hassen den Sozialismus wie die Pest und haben zu Zeiten der DDR nichts unterlassen, um der DDR und damit den 17 Mio. Einwohnern zu schaden. Sie waren dabei in einer weit besseren Situation als die DDR. In den USA wurde nicht ein Haus infolge des 2. Weltkrieges zerstört – in der SU die „verbrannte Erde“.

In der BRD gab es den Marshallplan – in der SBZ Demontage der Industrie für Reparationen.

Das war die objektive historische Situation, die für jeden die gleiche war, da objektiv und nicht subjektiv , egal ob jemand heute 35 oder 75 Jahre alt ist.

Im übrigen habe ich aus berufenem Mund noch keinen Vorschlag für eine Alternative zur Mauer gehört.

Noch eine Bemerkung zum Schluss: Ich habe gelernt, immer die Frage zu stellen: Wem nutzt das?

Wem nutzt also ein Parteitag am 13.08.2011?

Wem nutzt ein Parteiausschlussverfahren gegen Marianne Linke?

Wem nutzt eine vorgezogene Diskussion und eine Urabstimmung zur Wahl der Parteispitze?

Ich weiß nur, wem das schadet! Der LINKEN insgesamt und unserem Landesverband im Besonderen.

Liebe Genossen des Landesvorstandes, lasst diese zersetzerischen Aktivitäten und wendet euch den Aufgaben aus dem Parteiprogramm zu (welches ich sehr gut finde). Damit habt ihr und haben wir reichlich zu tun.

Hans-Georg Woest

Liebe Genossinnen und Genossen, die Mauer ist ein prikäres Thema unserer Partei, aber ich finde, dass man mit der Vergangenheit auch irgendwann abschließen sollte. Denn wir haben die Aufgabe uns mit dem Heute und dem Morgen zubeschäftigen. Diese Thematik steht UNSERER Politik im Wege.

Wir setzen uns hier zusammen um über etwas zureden, dass es schon seit über 20 Jahren nicht mehr gibt. Also, wieso geben wir uns nicht den Ruck und diskutieren lieber über die Überwindung des Kapitalismus, oder über Problematiken wie Massenarbeitslosigkeit, Rassismus und sinkende Bildung. Wir haben wichtigere Aufgaben als die Vergangenheit aufzubereiten. Wir können nur aus der Historie lernen und es besser machen. Ob der Bau der Mauer ein Fehler war, oder nicht, können wir nicht genau beurteilen **als Kinder des hier und jetzt**, aber es ist schon ersichtlich das Fehler in der Umsetzung begangen wurden, von seiten der DDR, welche Opfer forderten. Ich denke, ich stoße auf einen Konsens, wenn ich sage, dass das Umkommen von Menschen durch gewaltsames handeln, negativ zu betrachten ist und nicht sein darf.

Dennoch möchte ich betonen, dass es die DDR nicht gänzlich als schlecht zu betrachten ist. Ich verleugne garnicht das es Unrecht gab, aber ich werde nicht sagen das es in diesem Staat kein Recht gab. Denn man hatte schon mal das Recht auf Arbeit. Also strebte die Arbeitslosigkeit in der DDR gegen 0%, aber Heute liegt sie bei 7,9% und lässt einen großen Teil unserer Bevölkerungen untätig zu Hause sitzen. Diese Menschen sind Sozialhilfeempfänger und werden gezielt von der Gesellschaft durch die Medien ausgegrenzt. IST DAS GERECHT?! Wenn ich jetzt in einem Rechtsstaat lebe, dann in einem in dem es auch viel Unrecht gibt und diese gilt es JETZT zu bekämpfen.

Unsere Vergangenheit trägt viele Laster, aber vergesst nicht die Vergangenheit der anderen besitzt genauso viele davon. Die Vorgänger der CDU, die Zentrums Partei hat die NSDAP mit an die Macht gebracht, die neue BRD hat nachdem zweiten Weltkrieg einen ehemaligen NS-Funktionär als Bundeskanzler aufgestellt und das ist nur der Anfang einer lange Aufzählung. Diese Leute kümmert ihre Vergangenheit kein Stück.

Also, lasst uns die Last der Vergangenheit abwerfen und in die Zukunft schauen.